

Protokoll des Bündnistreffens „UmFAIRverteilen“

am 22. März 2012 in Berlin

Anwesende:

Christoph Bautz, Campact; Sina Doughan, Grüne Jugend; Roman Denter, Attac; Hansjörg Elshorst, Tax Justice Network (+ Transparency International, ohne Mandat); Heidi Foerster, Attac - AG-Finanzmärkte und Steuern; Uwe Hirsch, Naturfreunde; Micha Heilmann, NGG; Karl-Martin Hentschel, Attac; Gabriele Hesseken, Sozialverband Deutschland; Nele Hirsch, Die Linke; Judith Klose, Jusos; Ralf Krämer, ver.di + Initiative Vermögensteuer jetzt!; Dieter Lehmkuhl, Appell Vermögensabgabe; Nicola Liebert, Tax Justice Network + Initiative Vermögenssteuer jetzt!; Thomas Lohmeier, Institut Solidarische Moderne; Pascal Meiser, Die Linke; Lisa Paus, MdB Bündnis90/Die Grünen; Anna Prntki, AWO; Gunter Quaißer, GEW + Memogruppe Alternative Wirtschaftspolitik; Hauke Reich, Geschäftsführer Appell Vermögensabgabe; Klaus Seipp, Referent BfT Bündnis90/Die Grünen; Carsten Sieling, MdB SPD; Joß Steinke, AWO; Gwendolyn Stilling, Paritätischer Wohlfahrtsverband; Martin Stuber, DGB; Jutta Sundermann, Attac; Maja Tölke, SJD - Die Falken; Sascha Vogt, Jusos; Lothar Wentzel, IG Metall.

Vertretene Organisationen:

Appell Vermögenger für eine Vermögensabgabe, Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Arbeiterwohlfahrt, Attac, Bündnis90/Die Grünen, Campact, Deutscher Gewerkschaftsbund, Die LINKE, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften, Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten, Grüne Jugend, IG Metall, Initiative Vermögensteuer jetzt!, Institut Solidarische Moderne, Jusos, Naturfreunde, Paritätischer Gesamtverband, SJD - Die Falken, SPD, Sozialverband Deutschland, Tax Justice Network, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Verhindert, aber interessiert:

Germanwatch, Gewerkschaft Bauen Agrar Umwelt, Katholische Arbeitnehmerbewegung, Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Erwerbslosengruppen, Linksjugend Solid, Nationale Armutskonferenz, Sozialverband VDK.

Tagesordnung:

1. Willkommen, Idee des Treffens

Ausgehend von bestehenden Initiativen und bisherigen Aktivitäten für Umverteilung und Besteuerung von großen Vermögen ist es erforderlich, jetzt ein breites Bündnis für die Umverteilung des Reichtums und mehr Steuergerechtigkeit herzustellen, um im Vorfeld und nach der Bundestagswahl 2013 wirksamen politischen Druck zu entwickeln. Insbesondere soll eine einmalige Vermögensabgabe und die Wiedereinführung der Vermögensteuer gefordert werden. Angestrebt ist ein gemeinsames öffentliches Auftreten des Bündnisses mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen – beginnend mit einem Aktionstag im Herbst 2012.

2. Vorstellungsrunde, Planungen der Organisationen

Fast alle vertretenen Organisationen unterstützen eine Vermögensteuer und Vermögensabgabe, einige Organisationen haben noch keine Positionierung zur Forderung nach einer Vermögensabgabe. Mehrere Organisationen, insbesondere Attac, Gewerkschaften, Parteien und einige Sozialverbände wollen Verteilungsgerechtigkeit ohnehin zu einem Schwerpunkt machen. Alle finden das Anliegen wichtig und sehen die Notwendigkeit einer breiten Mobilisierung. Campact (deren eMail-Verteiler über 500.000 Adressen umfasst) hält aufgrund der hohen

Resonanz einer Umfrage das Thema für gut „campaign-bar“. Vermögenssteuer jetzt! hat knapp 30 000 Unterstützende, überwiegend mit Email-Adressen.

Attac weist auf Aktionen zur Eurokrise hin: 15. – 17. Mai Blockupy-Tage in Frankfurt, Samstag den 18. Mai internationale Demo in Frankfurt, Aktionen im Bankenviertel

3. Bündnis „UmFAIRteilen“ ?, Plattformvorschlag, Organisation, weitere Bündnispartner

Der Vorschlag, als Namen für das Bündnis und Titel für die Plattform sowie Slogan für Materialien „UmFAIRteilen - Vermögen besteuern!“ zu wählen, stößt auf breite Zustimmung.

Es soll ein Trägerkreis des Bündnisses gebildet werden aus Organisationen, die gemeinsam die Aktivitäten verantworten. Jede anwesende und weitere angesprochene Organisationen sollen bis zum nächsten Termin mitteilen, ob sie als Träger im Bündnis mitwirken wollen. Die Parteien sollen nicht Mitglied im Trägerkreis sein, aber als Unterstützer im Bündnis mitwirken können. Darüber hinaus sollen sich möglichst viele weitere bundesweite oder regionale Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen als Unterstützer beteiligen.

Der vorgelegte Entwurf für eine Plattform des zu bildenden Bündnisses wird intensiv diskutiert. Als Ergebnis wird ein Text für die Plattform festgehalten (s. Anlage), der an die vertretenen und interessierten und ausgewählte weitere Organisationen verschickt werden soll. Auf dieser Basis sollen diese entscheiden, ob sie sich an dem zu bildenden Bündnis als Träger oder Unterstützer beteiligen wollen. Die endgültige Beschlussfassung und Veröffentlichung der Plattform erfolgt aber erst auf dem offiziellen Gründungstreffen des Bündnisses. Wenn aus wichtigen Organisationen, die sich beteiligen wollen, Einwände zu Einzelpunkten kommen, sollen dazu nötigenfalls im Vorfeld konsensfähige neue Formulierungen gefunden werden.

Ein Arbeitsgremium soll die weiteren Aktivitäten vorbereiten. Bis zur endgültigen Zusammensetzung des Gremiums auf dem Gründungstreffen übernehmen Christoph Bautz, Sina Doughan, Uwe Hiksich, Ralf Krämer, Pascal Meiser und Jutta Sundermann diese Aufgabe.

4. Aktionen im Herbst usw.

Es wird ein Papier „Erste Aktionsideen“ vorgelegt und diskutiert.

Im Zentrum steht die Idee des Aktionstages im Herbst. Es sollen Großdemonstrationen an zwei bis fünf Standorten stattfinden und diese durch die unterschiedlichen Mittel der Organisationen und des Bündnisses, durch Plakate usw. und über die Medien beworben werden. Es sollen jeweils deutlich fünfstellige Teilnehmerzahlen erreicht werden. Die meisten Diskussionsbeiträge gingen in Richtung drei Demonstrationenorte, etwa Berlin, Köln und Stuttgart.

Als Termin wird alternativ Samstag der 22.9. oder der 29.9. festgelegt. Bedenken gegen einen der beiden Termine sollen möglichst bald mitgeteilt werden, damit der Termin bald feststeht.

Die Kosten für die Herbstaktionen hängen auch vom Umfang der Mobilisierung und den erreichten Teilnehmerzahlen ab. Bei großem Erfolg können Kosten in der Größenordnung von 200 000 Euro anfallen. Diese können etwa je zur Hälfte durch die beteiligten Organisationen und durch Spenden aufgebracht werden. Dazu ist allerdings eine Bürgschaft (evtl. Bewegungsstiftung oder andere ?) nötig.

Die Demonstrationen sollen mit kleineren Aktionen, die von einzelnen Organisationen oder kleineren Bündnissen durchgeführt werden, vorbereitet werden. Im Mai wollen Personen aus den Initiativen Vermögenssteuer jetzt! und Vermögensabgabe Vermögenger einen konkreteren Vorschlag vorlegen, wie Vermögensabgabe und Vermögenssteuer gestaltet werden könnten. Geplant ist weiterhin die Vorstellung eines juristischen Gutachtens über die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten und Bedingungen einer Vermögensabgabe. Im Frühjahr 2013 wird vorgeschlagen einen größeren Kongress durchzuführen. Kurz vor der Bundestagswahl 2013 soll evt. eine weitere Mobilisierung erfolgen.

5. Verabredungen & Termine

Das nächste Treffen, möglichst mit offizieller Gründung und Pressekonferenz zur öffentlichen Vorstellung des Bündnisses soll am Donnerstag, 10. Mai, stattfinden.

Die Organisationen sollen sich so bald wie möglich, rechtzeitig vor dem 10. Mai, entscheiden, ob sie als Träger oder als Unterstützer des Bündnisses mitwirken wollen und in welcher Größenordnung sie Beiträge zur Finanzierung und Mobilisierung leisten können und wollen.

Protokoll: Karl-Martin Hentschel, Ralf Krämer